

Amtsblatt

Kreisstadt



Steinfurt

Ausgegeben am: **04.03.2021**

Nr.: **8/2021**

INHALT:

Lfd. Nr.	Titel	Seite
15/2021	Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof der Evangelischen Kirchengemeinde Burgsteinfurt vom 20. Januar 2021.....	2
16/2021	Öffentliche Zustellung Gegen Herrn Armin Kieper, zuletzt wohnhaft Hannoversche Straße 29 in 30629 Hannover, jetziger Aufenthalt unbekannt, ist ein Bescheid der Bürgermeisterin der Kreisstadt Steinfurt vom 12.01.2021 (Az.: 01.09004.2) ergangen.	9
17/2021	Bebauungsplan Nr. 46b „nördlich Altemarktstraße“ – 8. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst 1. Änderung gem. § 13a i.V.m. § 13 Baugesetzbuch (BauGB) 2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 13a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 BauGB in der Zeit vom 12.03.2021 bis zum 23.04.2021	10
18/2021	Bebauungsplan Nr. 16b "Arnold-Kock-Straße - Ost" hier: 1. Aufstellung gem. § 13a i.V.m § 13 Baugesetzbuch (BauGB) 2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 13a (2) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 und § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 12.03.2021 bis zum 23.04.2021.....	14

Bekanntmachung

Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof der Evangelischen Kirchengemeinde Burgsteinfurt vom 20. Januar 2021

Die Evangelische Kirchengemeinde Burgsteinfurt
vertreten durch das Presbyterium der Evangelischen Kirchengemeinde Burgsteinfurt

erlässt gem. Artikel 159 Absatz 2 Kirchenordnung i. V. m. § 49 der Verordnung für die kamerale Vermögens- und Finanzverwaltung der Kirchengemeinden, der Kirchenkreise und der Kirchlichen Verbände in der Evangelischen Kirche von Westfalen (Verwaltungsordnung kameral – VwO.k) vom 26. April 2001, § 48 der Verordnung für die Vermögens- und Finanzverwaltung der kirchlichen Körperschaften in der Evangelischen Kirche von Westfalen (Verwaltungsordnung Doppische Fassung – VwO.d) vom 27. Oktober 2016 und § 12 Absatz 1 Verordnung für das Friedhofswesen in der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Lippischen Landeskirche vom 13. Juli 2011 die nachstehende

Friedhofsgebührensatzung

§ 1 Gebührenpflicht

- 1) Für die Benutzung des Friedhofes an der Ochtruper Straße und der Bestattungseinrichtungen sowie für weitere Leistungen der Friedhofsverwaltung werden nach Maßgabe dieser Satzung Gebühren erhoben.
- (2) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Erbringung der Leistung. Die Friedhofsträgerin ist berechtigt, eine Vorauszahlung in angemessener Höhe auf Gebühren für die beantragten Leistungen zu verlangen.
- (3) Werden beantragte Leistungen nur teilweise in Anspruch genommen, so ist dennoch die volle Gebühr zu entrichten.
- (4) Wird von der Benutzung des Friedhofes und seiner Bestattungseinrichtungen nach Beantragung Abstand genommen, sind die Aufwendungen zu ersetzen, die der Friedhofsträgerin entstanden sind.

§ 2 Gebührensschuldner

- 1) Zur Zahlung der Gebühren ist die nutzungsberechtigte Person oder die Person verpflichtet, in deren Auftrag der Friedhof oder die Bestattungseinrichtungen benutzt werden.
- (2) Wird die Gebühr von mehreren Personen geschuldet, so haftet jede einzelne Person als Gesamtschuldnerin.

§ 3

Fälligkeit der Gebühren

- (1) Die Festsetzung der Gebühren erfolgt durch einen schriftlichen Gebührenbescheid. Dieser wird der Gebührenschuldnerin oder dem Gebührenschuldner durch einen einfachen Brief bekannt gegeben.
- (2) Die Gebühren sind mit Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig, sofern im Gebührenbescheid nicht eine spätere Fälligkeit festgesetzt ist.
- (3) Sofern die fälligen Gebühren nicht entrichtet worden sind, kann die Friedhofsträgerin Bestattungen und Leistungen verweigern.
- (4) Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

§ 4

Nutzungsgebühren

(1) Reihengrabstätten mit Nutzungsrecht

- | | |
|--|-------------|
| a) Erdbestattung von Tot- und Fehlgeburten und Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr
(Ruhezeit 15 Jahre) | 0,00 Euro |
| b) Erdbestattungen von Verstorbenen vom vollendeten 5. Lebensjahr an
(Ruhezeit 25 Jahre) | 778,00 Euro |
| c) Urnenbeisetzung
(Ruhezeit 25 Jahre) | 778,00 Euro |

(2) (Rasen-)Reihengemeinschaftsgrabstätten mit Nutzungsrecht einschließlich Unterhaltung durch die Friedhofsträgerin

- | | |
|---|---------------|
| a) Erdbestattungen
(Ruhezeit 25 Jahre) | 1.535,00 Euro |
| b) Urnenbeisetzung
(Ruhezeit 25 Jahre) | 1.535,00 Euro |

(3) Wahlgrabstätten mit Nutzungsrecht

- | | |
|---|-------------|
| a) Erdbestattungen je Grab
(Nutzungszeit 30 Jahre) | 996,00 Euro |
| b) Urnenbeisetzung je Grab
(Nutzungszeit 30 Jahre) | 996,00 Euro |
| c) Verlängerungsgebühr Erdbestattung je Grab und Jahr | 33,20 Euro |
| d) Verlängerungsgebühr Urnenbeisetzung je Grab und Jahr | 33,20 Euro |

(4) (Rasen-)Wahlgemeinschaftsgrabstätten mit Nutzungsrecht einschließlich Unterhaltung durch die Friedhofsträgerin (Partnergräber)

- | | |
|--|---------------|
| a) Urnenbeisetzung je Grab
(Nutzungszeit 30 Jahre) | 1.890,00 Euro |
| b) Verlängerungsgebühr Urnenbeisetzung
je Grab und Jahr | 63,00 Euro |

(5) Urnen-Wahlgrabstätten mit Nutzungsrecht

- | | |
|--|-------------|
| a) Urnenbeisetzung je Grab
(Nutzungszeit 30 Jahre) | 996,00 Euro |
| b) Verlängerungsgebühr Urnenbeisetzung
je Grab und Jahr | 33,20 Euro |

(6) Rasenwahlgrab mit Nutzungsrecht einschließlich Unterhaltung durch die Friedhofsträgerin

- | | |
|--|---------------|
| a) Erdbestattung je Grab
(Nutzungszeit 30 Jahre) | 1.890,00 Euro |
| b) Urnenbeisetzung je Grab
(Nutzungszeit 30 Jahre) | 1.890,00 Euro |
| c) Verlängerungsgebühr Erdbestattung
je Grab und Jahr | 63,00 Euro |
| d) Verlängerungsgebühr Urnenbeisetzung
je Grab und Jahr | 63,00 Euro |

(7) Wahlgemeinschaftsgrabstätten mit Nutzungsrecht in einer Gemeinschaftsgrabanlage einschließlich Unterhaltung durch die Friedhofs-trägerin

- | | |
|--|---------------|
| Urnenbeisetzung | |
| a) Wahlgemeinschaftsgrabstätte mit einem Grab / 1 Urne
(Nutzungszeit 30 Jahre) | 4.310,00 Euro |
| Verlängerungsgebühr für ein Wahlgrab | 108,00 Euro |
| b) mit einer Urne je Jahr
Urnenbeisetzung | 4.900,00 Euro |
| c) Wahlgemeinschaftsgrabstätte mit zwei Gräbern / je 1 Urne
(Nutzungszeit 30 Jahre) | |
| d) Verlängerungsgebühr für ein Wahlgrab mit zwei Urnen je Jahr | 106,00 Euro |

§ 5 Friedhofsunterhaltungsgebühren

Von den Nutzungsberechtigten, denen vor Inkrafttreten der Gebührensatzung vom 13. November 2007 Nutzungsrechte verliehen wurden, wird bis zum Ablauf der Ruhezeit bzw. der Nutzungszeit zur Unterhaltung des Friedhofs eine Friedhofsunterhaltungsgebühr in Höhe von **13,70 € je Grab und Jahr** erhoben.

Die Friedhofsunterhaltungsgebühr wird auf der Grundlage der folgenden Kostenarten kalkuliert:

- a) Allgemeine Pflege der Grünanlagen
- b) Instandhaltung und Pflege der Infrastruktur (Wasserstellen, Wege, Plätze)
- c) Energie- und Wasser- /Abwasserkosten
- d) Entsorgungskosten
- e) Winterdienst
- f) Personal- und Verwaltungskosten

§ 6 Bestattungsgebühren

(1) Grundgebühren

- | | | | |
|----|---|----------|------|
| a) | Erdbestattung von Tot- und Fehlgeburten | 0,00 | Euro |
| b) | Erdbestattung von Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr im Reihengrab | 350,00 | Euro |
| c) | Erdbestattungen von Verstorbenen vom vollendeten 5. Lebensjahr an im Reihengrab | 640,00 | Euro |
| d) | Erdbestattung von Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr im Wahlgrab | 410,00 | Euro |
| e) | Erdbestattung von Verstorbenen vom vollendeten 5. Lebensjahr an im Wahlgrab | 750,00 | Euro |
| f) | Urnenbeisetzung im Reihengrab | 280,00 | Euro |
| g) | Urnenbeisetzung im Wahlgrab | 330,00 | Euro |
| h) | Erdbestattung im Rasengemeinschaftsgrab und Namensplatte | 1.132,00 | Euro |
| i) | Urnenbeisetzung im (Rasen) Reihengemeinschaftsgrab und Namensplatte | 748,00 | Euro |
| j) | Urnenbeisetzung in der (Rasen) Wahlgemeinschaftsgrabstätte und | 1185,00 | Euro |
| k) | Namensplatte Erstbeisetzung
Zweitbeisetzung Urne in der (Rasen)Wahlgemeinschaftsgrabstätte | 330,00 | Euro |

(2) Besondere Gebühren

- | | | |
|----|---|-------------|
| a) | Benutzung der Friedhofskapelle anlässlich der Trauerfeier | 165,00 Euro |
| b) | Benutzung der Friedhofskapelle aus anderen Anlässen | 165,00 Euro |
| c) | Orgelspiel | 62,00 Euro |

§ 7 Gebühren für Umbettungen

(1) Umbettung auf demselben Friedhof

- | | | | |
|----|--|----------|------|
| a) | Erdbestattungen von Totgeburten und Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr je Grab | 285,00 | Euro |
| b) | Erdbestattungen von Verstorbenen vom vollendeten 5. Lebensjahr an je Grab | 1.805,00 | Euro |
| c) | Urnenbeisetzungen je Grab | 405,00 | Euro |

(2) Ausbettung bei Überführung auf einen fremden Friedhof

- | | | | |
|----|--|----------|------|
| a) | Erdbestattungen von Totgeburten und Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr je Grab | 265,00 | Euro |
| b) | Erdbestattungen von Verstorbenen vom vollendeten 5. Lebensjahr an je Grab | 1.105,00 | Euro |
| c) | Urnenbeisetzungen je Grab | 265,00 | Euro |

(3) Einbettung bei Überführung von einem fremden Friedhof

- | | | | |
|----|--|--------|------|
| a) | Erdbestattungen von Totgeburten und Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr je Grab | 285,00 | Euro |
| b) | Erdbestattungen von Verstorbenen vom vollendeten 5. Lebensjahr an je Grab | 705,00 | Euro |
| c) | Urnenbeisetzungen je Grab | 285,00 | Euro |

§ 8 Sonstige Gebühren

- | | | | |
|-----|---|--------|------|
| (1) | Zustimmung zur Errichtung eines stehenden Grabmales einschließlich der jährlichen Prüfung der Standsicherheit von stehenden Grabmalen | 100,00 | Euro |
| (2) | Zustimmung zur Errichtung eines liegenden Grabmals | 35,00 | Euro |
| (3) | Zustimmung zur Errichtung eines Holzkreuzes | 35,00 | Euro |
| (4) | Zustimmung zur Errichtung einer Grabeinfassung | 35,00 | Euro |

- | | | | |
|------|--|-------|------|
| (5) | Zustimmung zur Errichtung einer sonstigen baulichen Anlage | 35,00 | Euro |
| (6) | Zustimmung zur Änderung eines Grabmals, einer Grabeinfassung oder einer sonstigen baulichen Anlage | 35,00 | Euro |
| (7) | Umschreibung des Nutzungsrechtes | 35,00 | Euro |
| (8) | Für die Genehmigung einer Umbettung | 35,00 | Euro |
| (9) | Widerruf des Nutzungsrechts vor Ablauf der Nutzungszeit (Verwaltungsgebühr) | 35,00 | Euro |
| (10) | Unterhaltung einer Grabstätte für Erdbestattungen bis zum Ende der ursprünglich festgesetzten Nutzungszeit bei Widerruf des Nutzungsrechts / | 31,50 | Euro |
| (11) | je Grab und Jahr Unterhaltung einer Grabstätte für Urnenbeisetzungen bis zum Ende der ursprünglich festgesetzten Nutzungszeit bei Widerruf des Nutzungsrechts / je Grab und Jahr | 29,50 | Euro |

§ 9

Öffentliche Bekanntmachung

(1) Diese Friedhofsgebührensatzung und alle Änderungen hierzu bedürfen zu ihrer Gültigkeit der öffentlichen Bekanntmachung.

(2) Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen gemäß § 37 der Friedhofssatzung der Kirchengemeinde vom 09.10.2013 i.d.F. vom 20.01.2021.

§ 10

Inkrafttreten

(1) Diese Friedhofsgebührensatzung und alle Änderungen treten gemäß § 38 der Friedhofssatzung der Kirchengemeinde vom 20.01.2021 in Kraft.

(2) Mit In-Kraft-Treten dieser Friedhofsgebührensatzung tritt die Friedhofsgebührensatzung vom 09.10.2013, zuletzt geändert am 19.06.2018, außer Kraft.

Das Presbyterium der Evangelischen Kirchengemeinde
Burgsteinfurt

Hans-Peter Marker, Pfarrer

W. Krebs, Kirchmeister

B. Rintelen, Presbyterin

In Verbindung mit dem Beschluss des
Presbyteriums der Ev. Kirchengemeinde Burgsteinfurt
vom 20. Januar 2021
kirchenaufsichtlich genehmigt.

Für die §§ 4 – 8 (Gebührentarif) wird die Genehmigung befristet
bis zum 29. Februar 2024 erteilt.

Die staatsaufsichtliche Genehmigung ist aufgrund
der Verfügung der Bezirksregierung Münster
vom 13. April 2000 - Az.:48.4.2 – erteilt.

Bielefeld, 08.Februar.2021

(Siegel)

Evangelische Kirche von Westfalen
Das Landeskirchenamt
In Vertretung

Martin Bock

In Verbindung mit dem Beschluss des
Presbyteriums der Ev. Kirchengemeinde Burgsteinfurt
vom 20. Januar 2021
kirchenaufsichtlich genehmigt.

Bielefeld, 08. Februar 2021

(Siegel)

Evangelische Kirche von Westfalen
Das Landeskirchenamt
In Vertretung

Martin Bock

Bekanntmachung

Öffentliche Zustellung

Gegen Herrn Armin Kieper, zuletzt wohnhaft Hannoversche Straße 29 in 30629 Hannover, jetziger Aufenthalt unbekannt, ist ein Bescheid der Bürgermeisterin der Kreisstadt Steinfurt vom 12.01.2021 (Az.: 01.09004.2) ergangen.

Der Bescheid wird durch öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt der Kreisstadt Steinfurt und durch Aushang desselben an den hierfür bestimmten Stellen

- a) im Stadtteil Burgsteinfurt:
Bekanntmachungskasten im städt. Gebäude
"An der Hohen Schule 13"
- b) im Stadtteil Borghorst:
Bekanntmachungskasten am Rathaus
"Emsdettener Straße 40"

gemäß § 10 Landeszustellungsgesetz NRW vom 07.03.2006 zugestellt. Er gilt als zugestellt, wenn seit der Bekanntmachung im Amtsblatt zwei Wochen vergangen sind.

Der Bescheid kann vom Empfangsberechtigten im Rathaus in 48565 Steinfurt, Emsdettener Straße 40, Zimmer 139, während der allgemeinen Dienststunden in Empfang genommen werden.

Mit dem Tag der Zustellung besteht die Möglichkeit, dass Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Steinfurt, 24.02.2021

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin

gez. Bögel-Hoyer

Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 46b „nördlich Altemarktstraße“ – 8. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst

1. Änderung gem. § 13a i.V.m. § 13 Baugesetzbuch (BauGB)

2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 13a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 BauGB in der Zeit vom 12.03.2021 bis zum 23.04.2021

1. Änderung gem. § 13a i.V.m. § 13 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 06.02.2020 folgenden Beschluss gefasst:

„Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 46b „nördlich Altemarktstraße“, soll für den Bereich des Grundstückes an der Fürstenstraße, Flur 17, Flurstücke 757, 758 und 759, Gemarkung Borghorst, wie folgt geändert werden:

„Die bisher auf dem Grundstück festgesetzte überbaubare Grundstücksfläche soll künftig zu den nordwestlichen, südwestlichen und südöstlichen Grundstücksgrenzen einen Abstand von jeweils 3,00 m einhalten.

Es soll künftig ausschließlich eine Einzelhausbebauung zulässig sein.

Es werden zwingend zwei Vollgeschosse festgesetzt. Das ausbaufähige Dachgeschoss mit 30° - 35°-Dachneigung darf kein Vollgeschoss werden.

Ansonsten werden die heute üblichen Festsetzungen für Allgemeine Wohngebiete getroffen.“

Der Geltungsbereich der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46b umfasst die Flurstücke 757, 758 und 759, in der Flur 17, Gemarkung Borghorst.

Der Geltungsbereich der 8. Änderung ist im beigefügten Flurkartenausschnitt eindeutig dargestellt.

Die Beteiligungen der betroffenen Öffentlichkeit und der betroffenen Behörden gem. § 13a (2) Nr. 1 i. V. m. § 13 BauGB sind durchzuführen.“

2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 13a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 BauGB

Gemäß § 13a i.V.m. § 13 und § 3 (2) BauGB liegt der 8. Änderungsentwurf des Bebauungsplanes Nr. 46b "nördlich Altemarktstraße" nebst Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen

in der Zeit vom 12.03.2021 bis zum 23.04.2021

während der Dienststunden im Foyer des Rathauses, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46b „nördlich Altemarktstraße“ soll im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt werden. Da mit der vorgesehenen Änderung keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind, wird von einer Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB abgesehen.

Auf folgende, bereits vorliegende Umweltinformationen wird hingewiesen:

- Artenschutzvorprüfung (Stand: November 2020), erstellt durch das Büro aru, Arbeitsgruppe Raum und Umwelt, Münster, mit Aussagen zu den Auswirkungen des Vorhabens auf planungsrelevante Tierarten (Säugetiere und Vögel)

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt,
- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung, Zimmer 238 bis 240, z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i. V. m. § 3 (2) Satz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben.

Aufgrund der dynamischen Ausbreitung des Corona-Virus sind Besuche aktuell bis auf unbestimmte Zeit im Rathaus in der Zeit

Montag bis Freitag 08.00 bis 12.00 Uhr,

Montag und Donnerstag 14:00 bis 16:00 Uhr

nur nach telefonischer Vereinbarung möglich. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer: 0 25 52 / 925 – 240 oder 238 an. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungsfrist ist aufgrund der besonderen Umstände in Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens um zwei Wochen ausgedehnt worden.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse www.steinfurt.de, Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 06.02.2020 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

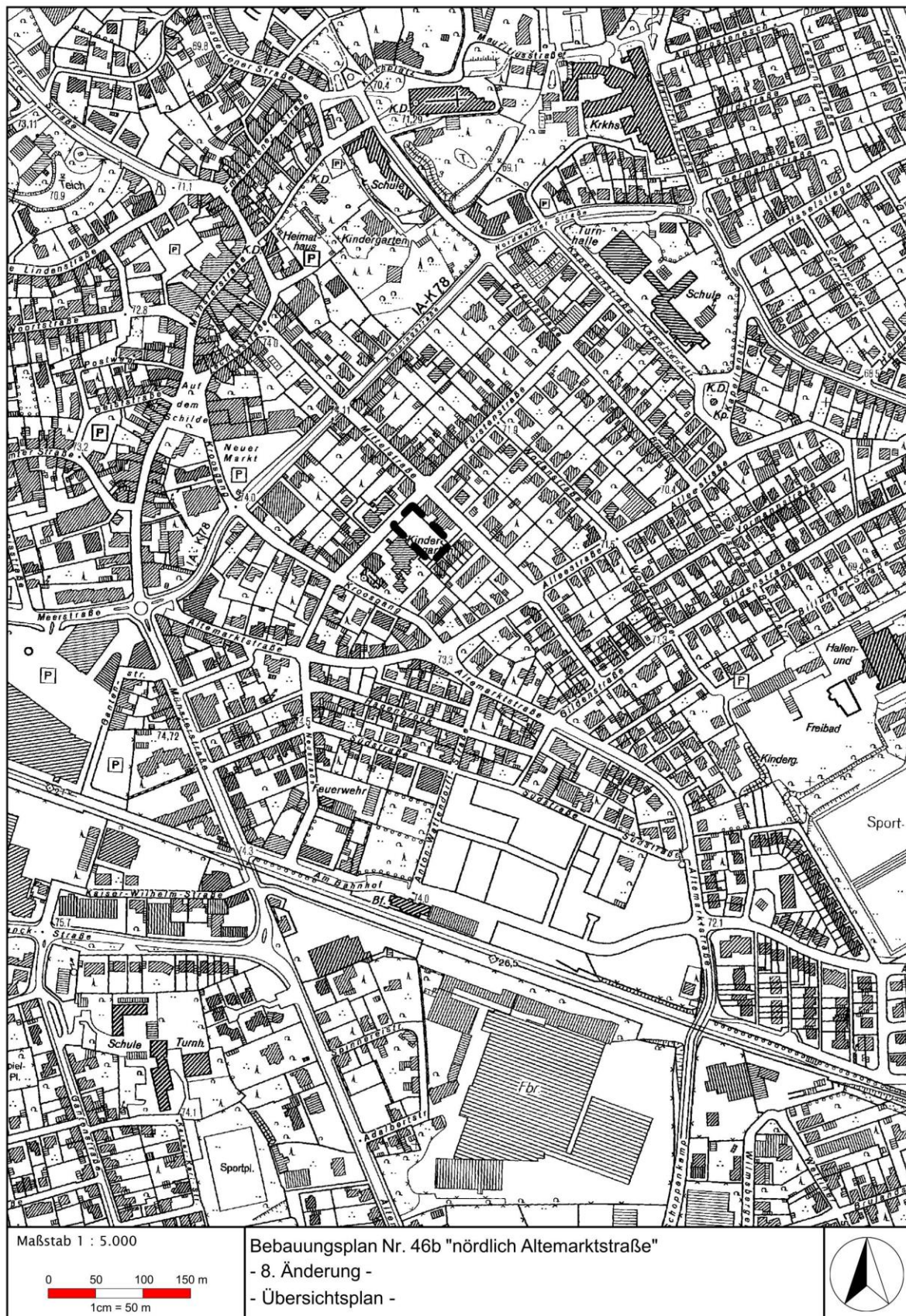
Bekanntmachungsanordnung:

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gem. § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der aktuell gültigen Fassung öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 26.02.2021

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin





Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 16b "Arnold-Kock-Straße - Ost"

hier: 1. Aufstellung gem. § 13a i.V.m § 13 Baugesetzbuch (BauGB)

2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 13a (2) Nr. 1 BauGB i.V.m.

§ 13 und § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 12.03.2021 bis zum 23.04.2021

1. Aufstellung gem. § 13a BauGB

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 28.04.2016 folgenden Beschluss gefasst:

„Zur Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung wird gem. § 13a BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 16b „Arnold-Kock-Straße - Ost“ beschlossen, der auch Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen gem. § 86 BauO NRW enthält.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 16b wird wie folgt umgrenzt:

Nordwesten:

Von einem Punkt, der ca. 7,00 m westlich des zweitletzten Grenzpunktes in der nördlichen Grenze des Flurstückes 212 (*Flur 24*) liegt, entlang der Grenze in östlicher Richtung; vom zweitletzten Grenzpunktes in der nördlichen Grenze des Flurstückes aus durch eine geschwungene Linie, durch das Flurstück 22 (*Flur 24*) verlaufend, bis auf den südwestlichsten Grenzpunkt des Flurstückes 273 (*Flur 24*) (*Geltungsbereichsgrenze B-Plan 29*); durch die südöstlichen Grenzen der Flurstücke 273 und 260 (*Flur 24*), sowie in deren nordöstlicher Verlängerung das Flurstück 213 (*Flur 24*) und einen Teilbereich des Flurstückes 715 (*Flur 37*) durchschneidend, bis auf den südlichsten Grenzpunkt des Flurstückes 71 (*Flur 37*) und im weiteren Verlauf durch ein ca. 24,50 m langes Teilstück der südöstlichen Grenze des zuletzt genannten Flurstückes;

Nordosten / Osten:

vom zuvor genannten Punkt rechtwinklig in südöstlicher Richtung das Flurstück 715 (*Flur 37*) durchschneidend; im weiteren Verlauf durch die nordöstlichen Grenzen der Flurstücke 128 und 72 (*Flur 23*); in östlicher Richtung abknickend, durch ein ca. 24,00 m langes Teilstück der südlichen Grenze des Flurstückes 632 (*Flur 37*); in südlicher Richtung abknickend, durch ein ca. 10,00 m langes Teilstück der nordöstlichen Grenze des Flurstückes 67 (*Flur 23*); in östlicher Richtung abknickend, zunächst ca. 15,00 m in gerader und dann in geschwungener Linie in südöstlicher bis südlicher Richtung abknickend, bis auf die westliche Grenze des Flurstückes 713 (*Geltungsbereichsgrenze B-Plan 15-16. Änd.*); in südlicher Richtung verlaufend, durch Teilstücke der westlichen Grenzen der Flurstücke 713 und 790 (*Flur 37*), bis auf einen gedachten Punkt, der in der östlichen Verlängerung der südöstlichen Grenze des Flurstückes 67 (*Flur 23*) liegt;

Süden:

vom zuvor beschriebenen Punkt in westlicher Richtung verlaufend, das Flurstück 150 (*Flur 23*) durchschneidend; durch die südlichen Grenzen der Flurstücke 67 und 36 tlw. (*Flur 23*), bis zu einem Punkt, der in der nördlichen Verlängerung der östlichen Grenze des Flurstückes 145 (*Flur 23*) liegt; in südlicher Richtung abknickend, das Flurstück 149 (*Flur 23*) durchschneidend, entlang der östlichen Grenze des Flurstückes 145 (*Flur 23*) und in deren südlicher Verlängerung das Flurstück 307 (*Flur 22*) durchschneidend, bis auf dessen südliche Grenze; in westlicher Richtung abknickend, durch die südliche Grenze des zuletzt genannten Flurstückes bis zum ersten Grenzpunkt des Kurvenansatzes der Straße „Kirchplatz“;

Südwesten / Westen:

vom zuvor beschriebenen Punkt in nordwestlicher Richtung das Flurstück 307 (*Flur 22*) durchschneidend, bis auf den südwestlichsten Grenzpunkt des Flurstückes 109 (*Flur 23*); durch die westliche Grenze des Flurstückes 109 (*Flur 23*) bis zum nordöstlichen Grenzpunkt des Flurstückes 286 (*Flur 24, ehem. Websaal III*); in der nördlichen Verlängerung dieser Linie das Flurstück 212 (*Flur 24*) durchschneidend, bis auf dessen nördliche Grenze.

Alle genannten Flurstücke liegen in der Gemarkung Borghorst.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 16b ist im beigefügten Flurkartenausschnitt eindeutig dargestellt.

Der Planentwurf ist aufzustellen. Die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit und der betroffenen Behörden / Träger öffentlicher Belange gem. § 13a (2) Nr. 1 i. V. m. § 13 BauGB ist durchzuführen.“

2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 13a (2) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 und § 3 (2) BauGB

Gemäß § 13a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 und § 3 (2) BauGB liegt der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 16b "Arnold-Kock-Straße - Ost" nebst Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen

in der Zeit vom 12.03.2021 bis zum 23.04.2021

während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 16b „Arnold-Kock-Straße - Ost“ soll im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt werden. Da mit der vorgesehenen Änderung keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind, wird von einer Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB abgesehen.

Folgende umweltbezogene Informationen sind verfügbar:

- Artenschutzbeitrag der Stufe II zum Abbruch der Gebäudestrukturen des Büros arbeitsgruppe raum & umwelt, Münster, Stand: Dezember 2020, mit Aussagen zu den Auswirkungen auf das vorhandene Artenspektrum (Fledermäuse, Vögel und Amphibien),
- Abbruch/Entsorgungskonzept der Ingenieures. Dr. Schleicher u. Partner, Stand: Januar 2021, mit Aussagen zur Situation der Altlasten
- Baugrundgutachten der Ingenieures. Dr. Schleicher u. Partner, Stand: August 2020, mit Informationen zu den vorhandenen Bodenverhältnissen
- Altlastenuntersuchung – Gefährdungsabschätzung der Ingenieures. Dr. Schleicher u. Partner, Stand September 2020, mit Aussagen zu den Gefährdungen für die Schutzgüter, Boden, Wasser, Mensch
- Altlastenuntersuchung – Gefährdungsabschätzung der Ingenieures. Dr. Schleicher u. Partner, Stand: Januar 2021, für den Teilbereich UKM, Caritas zu den vorgenannten Schutzgütern
- Schalltechnische Untersuchung der Peutz Consult GmbH, Düsseldorf, Stand: Februar 2021, mit einer Abschätzung des Verkehrs- und Gewerbelärmes,
- Mobilitätskonzept der Loendersloot Groep B.V., Nijmegen, Stand: März 2020,
- Verkehrsuntersuchung des Büros ibak ingenieure, Senden, Stand: September 2020, mit Aussagen zur verkehrlichen Belastung
- Natura Verträglichkeitsprüfung für das FFH-Gebiet DE 3810 – 302 „Bagno mit Steinfurter Aa“ des Büros arbeitsgruppe raum & Umwelt, Münster, Stand: Februar 2021

- EUROBATS, Leitfaden für die Berücksichtigung von Fledermäusen bei Beleuchtungsprojekten
- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Auf folgende Umweltinformationen wird hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt
- Vorprüfung des Einzelfalles des Büros arbeitsgruppe raum & Umwelt, Münster, Stand: Januar 2021

Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung, Zimmer 238 bis 240, z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i. V. m. § 3 (2) Satz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben.

Aufgrund der dynamischen Ausbreitung des Corona-Virus sind Besuche aktuell bis auf unbestimmte Zeit im Rathaus in der Zeit

Montag bis Freitag 08.00 bis 12.00 Uhr,

Montag und Donnerstag 14:00 bis 16:00 Uhr

nur nach telefonischer Vereinbarung möglich. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 240 an. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungsfrist ist aufgrund der besonderen Umstände in Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens um 2 Wochen ausgedehnt worden.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse www.steinfurt.de, Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 28.04.2016 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

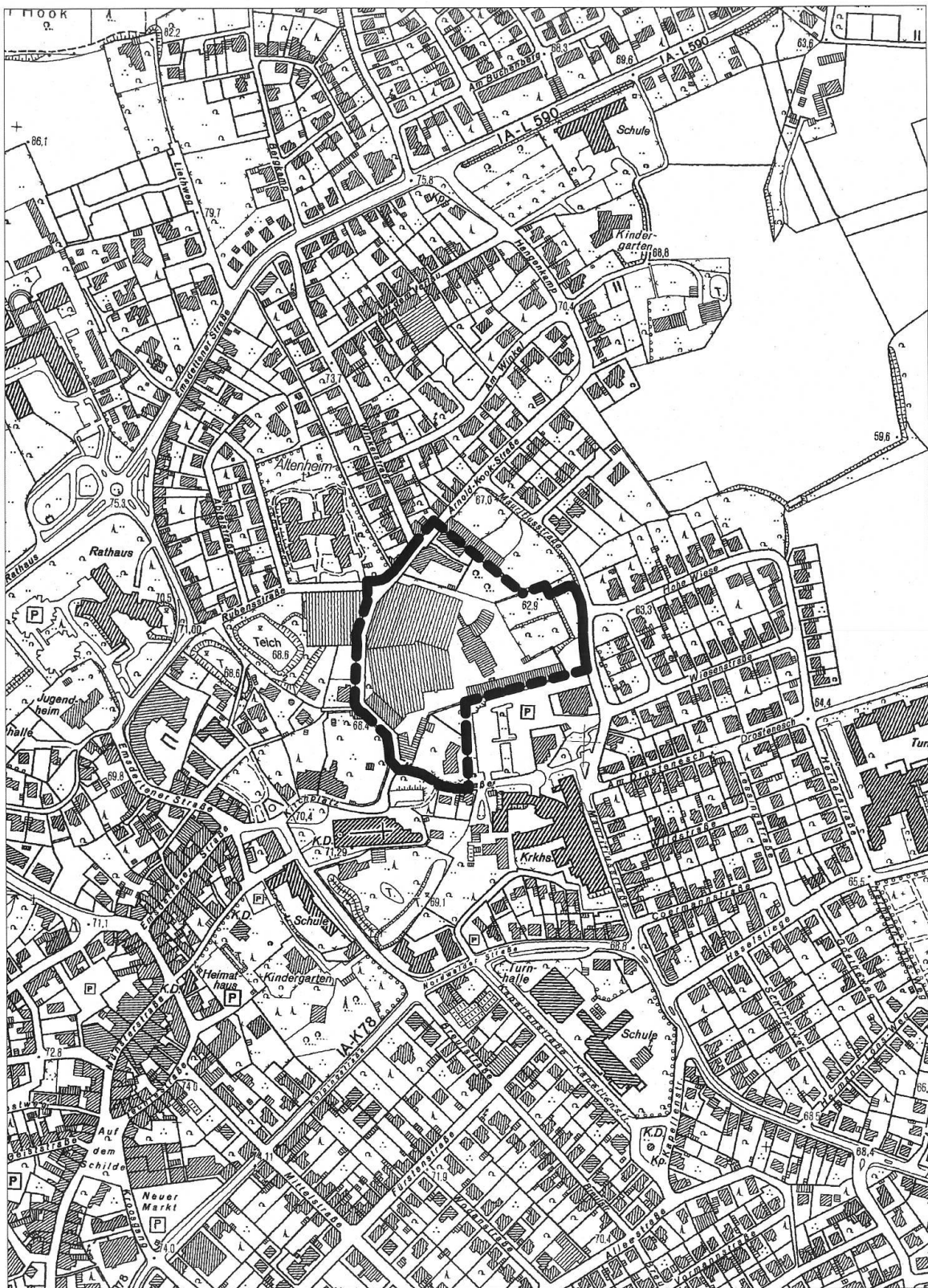
Bekanntmachungsanordnung:

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gem. § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der aktuell gültigen Fassung öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 01.03.2021

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin



Übersichtsplan
(ohne Maßstab)



